

07.05.2012 - 20:50 Uhr

Marshallplan statt Sparkurs, Kommentar zu den Wahlen von Dieter Kuckelkorn

Frankfurt (ots) -

Es gibt eine gute Nachricht hinsichtlich der Wahlen in Griechenland: Alexis Tsipras, Chef des Linksbündnisses Syriza, das bei der Abstimmung besonders gut abgeschnitten hat, strebt keinen Austritt Griechenlands aus der Eurozone an. Gleichzeitig gibt es aber auch eine schlechte Nachricht: Die Lösung für die Probleme des von Schulden und Rosskur gebeutelten Landes stellen er und offensichtlich auch viele seiner Landsleute sich in Form eines gigantischen Marshallplans vor, der - auf Kosten von finanzstarken Ländern wie Deutschland - den rigorosen Sparkurs der bisherigen Regierung ersetzen soll. Nun wird es Tsipras wohl nicht gelingen, eine Regierung zu formieren. Allerdings dürfte dies auch denjenigen politischen Kräften schwerfallen, die den mit der EU abgestimmten Sparkurs unterstützen. Damit steht in den Sternen, ob die Sanierung Griechenlands, zu der auch die Griechen selbst viel beisteuern müssen, noch gelingen kann. Das Land droht jedenfalls unregierbar zu werden.

An den Märkten hat dies zu deutlichen Reaktionen geführt. Der griechische Aktienmarkt ist, gemessen an der Tagesperformance des Blue-Chip-Index ASE 20, um bis zu 9% abgetaucht, woran vor allem die Finanzwerte ihren Anteil haben. Aber nicht nur in Athen gab es deutliche Reaktionen, die Erschütterung hat fast alle europäischen Kapitalmärkte erfasst. So erklomm der Bund-Future ein Allzeithoch, während sich die Credit Default Swaps auf Staatsrisiken der EU-Peripherie und Frankreichs verteuerten. Der Euro fiel kurzzeitig unter die Marke von 1,30 Dollar, womit er zumindest zeitweilig seine Spanne von 1,30 Dollar bis 1,35 Dollar verließ.

An den kräftigen europaweiten Reaktionen hatte der Wahlausgang in Frankreich einen großen Anteil, auch wenn das Ergebnis längst erwartet worden war. Zwar ist nicht damit zu rechnen, dass der neue Staatspräsident François Hollande einen Großteil seiner Wahlkampforderungen in die Realität umsetzen kann. Es ist aber dennoch wahrscheinlich, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihren Bemühungen, die anderen Europäer zu weiteren Einsparungen zu bewegen, künftig erheblichen Gegenwind spüren wird. Insbesondere bei Anlegern von außerhalb Europas dürfte das Verunsicherung auslösen. Abgesehen von sicheren Häfen wie Deutschland dürften Assets aus der Eurozone und insbesondere der EU-Peripherie in nächster Zeit unter Druck stehen, denn die Wahlausgänge in Griechenland und Frankreich haben die Lösung der Schuldenkrise in weitere Ferne gerückt.

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100717884> abgerufen werden.